

## Bewerbungsbedingungen

Der Bieter hat zum Nachweis der Eignung (Leistungsfähigkeit und Fachkunde) sowie des Nichtvorliegens der nachfolgend aufgeführten Ausschlussgründe die Datei „3010 Bewerbungsunterlagen und Nachweise“ (im Folgenden kurz „Bewerbungsunterlage“) vollständig auszufüllen. Im Falle von Bietergemeinschaften ist die Bewerbungsunterlage von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen. Weiterhin muss der Bieter im Falle der Eignungsleihe nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Ein Vordruck für eine solche Erklärung ist als Datei „3020 Verpflichtungserklärung“ beigelegt. Das Angebot ist frist- und formgerecht in Textform elektronisch über die Vergabeplattform einzureichen.

## Fristen

Enthalten die Ausschreibungsunterlagen nach Auffassung des Bieters Unvollständigkeiten, Unklarheiten oder Rechtsverstöße, so hat der Bieter den Auftraggeber unverzüglich, bis spätestens 12.06.2026, 12:00 Uhr darauf hinzuweisen.

Bieterfragen können nur über die Vergabeplattform <https://dtvp.de/> gestellt werden und werden nur über die Vergabeplattform beantwortet. Um eine Bieterfrage zu stellen ist es notwendig, dass sich die Bieter auf der Vergabeplattform <https://dtvp.de/> registrieren. Bieterfragen, die nach dem 12.06.2026, 12:00 Uhr eingehen, können nicht mehr beantwortet werden. Das Risiko der vollständigen und lesbaren Übermittlung des Auskunftersuchens trägt der anfragende Bieter. Die Bieterantworten sind über die Vergabeplattform <https://dtvp.de/> abrufbar.

Nur durch diese Verfahrensbedingungen verbleibt dem Auftraggeber ausreichend Gelegenheit, angemessen auf Anzeigen zu reagieren, dies allen Bietern mitzuteilen und die Möglichkeit zu geben, diese Aspekte bei der Bearbeitung der Angebote rechtzeitig zu berücksichtigen.

Die Frist für den Eingang der Angebote endet am

**22.06.2026, 12:00 Uhr.**

Die Angebote sind formgerecht ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform

<https://dtvp.de/>

einzureichen.

Ein verspätetes Angebot wird für das Vergabeverfahren nicht berücksichtigt. Das Risiko der Rechtzeitigkeit des Eingangs trägt der Bieter.

## **1 Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen**

### **1.1 Ausschlussgründe**

Der Auftrag wird nur an einen fachkundigen und leistungsfähigen (geeigneten) Bieter vergeben, sofern dieser nicht nach § 123 GWB oder § 124 GWB auszuschließen ist.

Zum Nachweis, dass diese Ausschlussgründe nicht vorliegen, ist das Formblatt 1.1 der Bewerbungsunterlagen (3010\_Bewerbungsunterlagen\_und\_Nachweise) auszufüllen.

Gemäß Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 ist es der Vergabestelle darüber hinaus verboten, öffentliche Aufträge zu erteilen bzw. Verträge mit den Wirtschaftsteilnehmern abzuschließen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Verordnung aufweisen. Dies stellt somit einen Ausschlussgrund für die Vergabe dar. Zum vorläufigen Nachweis, dass die Ausschlussgründe nach der o.a. Verordnung nicht vorliegen, ist das vorliegende Formblatt auszufüllen.

### **1.2 Eignungskriterien**

Die Eignung des Bieters wird anhand folgender, in der Bekanntmachung genannter Eignungskriterien überprüft. Nicht geeignete Bieter werden vom Verfahren ausgeschlossen.

#### **1.2.1 Befähigung zur Berufsausübung**

Der Bieter bestätigt die Eintragung in einem Handelsregister oder einem einschlägigen Berufsregister.

Für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind die jeweiligen Berufs- oder Handelsregister und die Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung in Anhang XI der [Richtlinie 2014/24/EU](#) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 aufgeführt.

Zum Nachweis der Befähigung zur Berufsausübung ist das Formblatt 2.1 der Bewerbungsunterlagen auszufüllen.

#### **1.2.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Die Mindestanforderungen in Bezug auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sind:

##### **1.2.2.1 Haftpflichtversicherung**

Erklärung über das Bestehen oder die Bereitschaft zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme pro Versicherungsfall von mindestens 3.000.000 EUR jeweils für Sach-, Personen- und Vermögensschäden im Auftragsfall. Der Abschluss erfolgt unverzüglich nach Erhalt des Zuschlagsschreibens. Der Auftragnehmer hat den Nachweis unverzüglich ohne weitere Aufforderung vorzulegen.

Zum vorläufigen Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit in Bezug auf die Haftpflichtversicherung ist das Formblatt 2.2 der Bewerbungsunterlagen auszufüllen.

### 1.2.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Die Anforderungen in Bezug auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit sind:

#### 1.2.3.1 Referenzen

Ausreichende Erfahrungen in Erbringung von vergleichbaren Leistungen:

##### Lieferung, Installation und Inbetriebnahme von AFZS-Fahrzeugausstattungen

Als Nachweis der ausreichenden Erfahrungen in Erbringung von vergleichbaren Leistungen hat der Bieter **mindestens** folgende Referenzen über vergleichbare Leistungen für öffentliche und private Auftraggeber vorzulegen. Das vom Bieter anzugebende Datum der Leistungserbringung entspricht dem Datum der letzten Inbetriebnahme durch den Leistungsempfänger. Grundsätzlich sind nur Referenzen vorzulegen, die in den letzten 3 Jahren in Betrieb genommen wurden. Um ausreichenden Wettbewerb zu gewährleisten, akzeptiert der Auftraggeber auch frühere Referenzen, deren Inbetriebnahmedatum jedoch nicht länger als 5 Jahre zurück liegt (Stichtag ist der Termin der Bekanntmachung):

- (a) Mindestens zehn Referenzen über die Lieferung, Installation und von Fahrgastzählsensoren für je mindestens 10 Fahrzeuge im ÖPNV
- (b) Mindestens drei Referenzen über die Realisierung einer fahrzeuginternen Schnittstelle gem. VDV300 oder VDV301
- (c) Mindestens eine Referenz über die Realisierung eines technischen Hintergrundsystems mit Monitoring der Sensoren.

Ein Referenzprojekt kann dabei auch als Nachweis für mehrere der geforderten Referenzen dienen.

Zu den Referenzen sind unter Verwendung des Formblattes 3010 zwingend die nachfolgenden Angaben zu tätigen. Sofern eine Angabe in den eingereichten Referenzen nicht enthalten ist, so kann diese nicht gewertet werden.

- Projektbezeichnung, Ort und Auftraggeber
- Ansprechpartner beim Auftraggeber (Name, E-Mail, Telefon-Nr.)
- Rolle im Projekt (z.B. Generalunternehmer, Unterauftragnehmer, ...)
- ggf. Unterauftragnehmer
- Projektvolumen (€) – (netto) / eigener Leistungsanteil (€) – (netto)
- Leistungszeitraum
- Letztes Inbetriebnahmedatum
- Leistungsumfang

Zum vorläufigen Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit in Bezug auf die Referenzen sind die Formblätter 2.3 der Bewerbungsunterlage je Referenz auszufüllen.

### **1.3 Weitere Nachweise und Erklärungen**

Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) Baden-Württemberg:

Zwecks Abgabe der Eigenerklärung zum Mindestlohn ist das Formblatt 3.1. der Bewerbungsunterlagen auszufüllen. Diese Erklärung wird nicht durch die EEE abgedeckt.

## **2 Teststellung**

Mit dem Angebot ist eine Teststellung einzureichen, in welcher mit Testdaten nachvollziehbar dargestellt wird, dass die Schnittstellenspezifikation gemäß Anlage 3 „2020.1 Schnittstellendefinition“ mit der angebotenen Lösung abgebildet werden kann.

Diese Teststellung stellt ein Ausschlusskriterium dar. Sofern aus den eingereichten Daten nicht nachvollziehbar hervorgeht, dass die Schnittstellenspezifikation abgebildet werden kann, ist das Angebot zwingend vom weiteren Verfahren auszuschließen.

## **3 Vorlage von Kopien der folgenden Nachweise**

Vor der Zuschlagserteilung sind von dem zur Beauftragung vorgesehenen Bieter folgende Nachweise vorzulegen. Nicht beglaubigte Kopien der entsprechenden Unterlagen werden als Nachweis akzeptiert.

- Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Berufsgenossenschaft
- Versicherungsnachweis
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes
- Nachweis über die Zahlung der Sozialbeiträge
- Handelsregistereintrag
- Soweit der Bieter beabsichtigt, Subunternehmer in Anspruch zu nehmen, ist von diesen Unternehmen die „Erklärung Mindestlohn“ gemäß Anlage 3010, Formblatt 3.1, in unterschriebener Form vorzulegen.